

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488  
Redakteur: Heinrich Bürger

Worte:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. Postzeitungsliste Nr. 3169

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 23 000 Exemplaren.

## Inhalt.

Fleischnot, Teuerung und Teuerungszulagen. — Koalitionsrecht und korporativer Arbeitsvertrag. — Die Lohnbewegungen im Jahre 1904. — Ein Städtebund und seine Aufgabe. — Leipziger Allerlei. — Chemnitzer Straßenreiniger. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Gemeinden. — Verbandsteil. — Abrechnung der Sammellisten für die 1. Gasarbeiter-Konferenz. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Anzeigen.

## Fleischnot, Teuerung und Teuerungszulagen.

Teuerung, Pestilenz und Krieg sind bisher die Geißeln gewesen, mit denen die Völker geschlagen wurden.

In unserem Zeitalter der Humanität, der Aufklärung und des Verkehrs schreibe ich nach und nach ausgemerzt würden. Die Zeitgeschichte belehrt uns durch ihre harten Tatsachen eines anderen — wenn auch schädlicheren. Jetzt hallt durch die deutschen Lande der Wehruuf: Teuerung, Hunger! Ein ganzes Meer von Drückerwärme und papierne Berge sind zur Verweissung für die enorm gesteigerten Fleischpreise und der übrigen Nahrungsmittelteuerung bereits verbraucht worden und noch immer kam sich die unter agrarischem Einfluß stehende Reichsregierung zu energischen und ganzen Notstandsmaßnahmen nicht aufzwingen. Der Reichstag ist im Zeichen der Fleischnot eröffnet worden und den Regierungsmännern sind wichtige Anlagen ins Nichts geschleudert worden. Was her vergeblich. Die agrarischen Bundespolitiker stehen wie Schloß auf ihrem Schein und verweigern die Öffnung der Grenzen. Nach Art schlauer Diebe, die da auf andere weisen und rufen: Haltet den Dieb und im Gedränge selbst zu entweichen versuchen, wollen auch die Agrarpolitiker die Schuld an der gegenwärtigen Fleischteuerung auf andere abschieben. Die Viehhändler, die Schlächter sind's m. n. die die Fleischpreise in die Höhe treiben. Gewiß fädeln der Großviehhändler bedeutende Gewinne ein, das tut er aber schon von jeher, auch bei billigeren Fleischpreisen. Doch die Viehnot hat er gewiß nicht auf dem Gewissen. Das geht ihm ja gegen den geschäftlichen Strich. Ebenso sind die Schlächter, die in hellen Ebaren ihre Geschäfte schließen, nicht schuld an den hohen Fleischpreisen. Mühen ja sonderbare Geschäftslente sein, die so sich selbst ihren Profit verbanen. Auch die vorjährige schlechte Futterernte soll schuld sein an der Teuerung. Was sein das; dies nicht ohne Einfluß ist. Doch wozu haben wir Eisenbahnen, Schiffe und den Weltverkehr? Es könnte sehr wohl der Not gekümmert werden, und darum lauter der Kampf mit: Pülow mach die Grenzen auf! Der ministerielle Agrarier und Schweinezüchter Pöddigst, der bisher die Fleischnot Abordnungen mit faulen Wägen abfertigte, hat sehr schlecht

prophezeit, als er sagte, die Preise werden bald wieder sinken. Jetzt sehen die Dinge hös aus. Das Fleisch ist in den Arbeiterfamilien außerordentlich selten geworden und die Ernährung dadurch schlechter. Mit der Fleischteuerung sind alle anderen Nahrungsmittel auch teurer geworden: Eier, Kartoffeln, Wild, Fische, Milch, Butter usw. Selbst Deringe sind teurer geworden. Wie soll das nun erst im Winter werden, der ohnehin in ganz normalen Zeiten schon für den Arbeiterhaushalt einen gewissen Notstand brachte! Die weiteren Folgen dieser gegenwärtigen hartnäckig anhaltenden und sich noch verschärfenden Teuerung werden sich noch auf vielen Gebieten des sozialen Lebens bemerkbar machen. Zuerst wird die Volksgesundheit darunter bedeutend leiden. Diese Teuerung ist eine famose Einleitung zu dem im kommenden Jahre in Kraft tretenden und vor nunmehr zwei Jahren im Reichstage beschlossenen Puderzoll. Schon vor zwei Jahren gehörte keineswegs besonderer Scharfblick dazu, um zu erkennen, daß unter der Herrschaft der neuen Yelle Not und Elend sich allenthalben im Volke einmisten werden. Ohne zu übertreiben dürfte man damals schon sagen, daß Pferde- und Hundfleisch unerschwinglich werden. Jetzt sind wir schon so weit, ehe noch der Puderzoll in Kraft getreten ist.

Der jetzt starke Bedarf an Pferdefleisch hat eine Preissteigerung auch dieses Nahrungsmittels zur Folge. Im Kleinhandel ist der Preis für Pferdefleisch um 10 bis 20 Pf. für das Kilogramm erhöht worden. Der Aufschlag wird begründet mit dem Mangel an Schlachtvieh, wodurch bei dem vergrößerten Bedarf noch zusätzliche Pferde angekauft werden müssen. Aus Hamburg, Köln, Leipzig, Breslau und anderen Städten kommen eigens Aufkäufer für die dortigen Hofschlächter nach Berlin, um auf den Märkten Transporte zu Schlachtzwecken zusammenzustellen.

Das deutsche Volk wird zur Zeit von den inneren Feinden, den Agrariern mit der Regierung an der Spitze, regelrecht belagert, und wie in Belagerungszeiten die Bevölkerung schon zu Rattenfleisch gegriffen hat, kann es auch bei dieser Belagerung dazu kommen. Das sind die Folgen der Raubpolitik, und die deutsche Arbeiterchaft hat nun darunter zu leiden. Die gegenwärtige Teuerung wird aber alle die Launen und Schläfrigen im Lande fürchtbar aufrütteln. Sie wird dem deutschen Michel das politische Denken einbläuen helfen und mit vereinter Kraft wird das deutsche Volk diesen Belagerungsring sprengen.

In den deutschen Gemeinden ist inzwischen die Fleischnot allenthalben auf die Tagesordnung gekommen. Billige Fleischversorgung; städtische Großschlächterei à la Wien, nur noch besser; Schweinezucht in städtischer Regie; kommunaler Fleischvertrieb ohne Gewinnabsicht und Teuerungszulagen werden gefordert. Das wird alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Doch diese Tropfen müssen fallen! Für die städtischen Arbeiter kommen neben anderen Maßnahmen die

## Teuerungszulagen

ganz besonders in Frage. Wie wir bereits berichtet haben, haben mehrere Gemeinden, darunter Charlottenburg, Schöneberg, Triebnow, Schmargendorf und Wilmersdorf bei Berlin schon

den Beamten bzw. Arbeitern Feuerungszulagen verabsolgt. Von Beamten und Unterbeamten werden Feuerungszulagen gefordert in Frankfurt a. M., Stuttgart, Berlin, Gießen, München und in vielen anderen Städten. In Dirschberg in Schlesien wurden den Gasarbeitern mit eigenem Haushalt für die vier Wintermonate je zwei Dekoliter Koks und ein Sack Kartoffeln geliefert. Unsere Mainzer Kollegen reichten schon in der ersten Novemberwoche ihre Feuerungsforderung ein. Ebenso sind auch die Zettiner Kollegen vorgegangen.

In Berlin versammelten sich Tausende städtischer Arbeiter und forderten nach einem Referate des Stadtverordneten und Reichstagsabgeordneten Singer Feuerungszulage. Die durch die Feuerung verursachte Mehrausgabe beträgt hier pro vierköpfige Familie mindestens 120 Mk. pro Jahr. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die heute am 29. November 1905 bei Keller, Koppenstr. 29, versammelten circa 2500 städtischen Arbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Stadtverordneten Singer sowie der übrigen Diskussionsredner vollständig einverstanden. Sie rufen an den wohlwollenden Magistrat und das Stadtverordneten-Kollegium das dringende Ersuchen, unverzüglich eine

**generelle Lohnverbesserung**

für sämtliche städtische Arbeiter in die Wege zu leiten. Solange aber die bereits eingereichten Forderungen der einzelnen Kategorien von den Verwaltungsdeputationen nicht genehmigt sind, soll sofort eine

**Feuerungszulage**

gewährt werden, um die außerordentliche Notlage der städtischen Arbeiter in etwas zu erleichtern.

Nach statutarischer Aufstellung von staatlichen und kommunalen Behörden in der jungen Republik ein ganz erheblicher, insonderheit hervorgerufen durch die Abperrung der Grenzen beim der Einführung der Fleischsteuer. Die von dem Berliner Magistrat und den Stadtverordneten anerkannte erhebliche Steigerung der Fleischpreise kann aber als eine vorübergehende kaum angesehen werden, da bereits im März 1. J. die sogenannten Dandelsbrottrage eine weitere Verteuerung wichtiger Lebensmittel und Bekleidungsartikel im Gefolge haben werden.

Aus allen diesen Gründen hält es die Versammlung für eine soziale Pflicht der Stadtgemeinde Berlin, ihren Arbeitern eine generelle Lohnzulage auszuweisen und zu lassen, und beauftragt das Bureau, diese Resolution den Behörden Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium alsbald zu übermitteln.

Diese Versammlung war eine gewaltige und eindrucksvolle Demonstration gegen die agrarische Randpolitik.

Diese Feuerungsbewegung wird mächtig anschwellen und die deutschen Gemeindegewerkschafter werden und müssen überall mit in die Front eintreten, um gemeinsam mit der übrigen Arbeitererschaft die Not der Zeit zu bekämpfen.

Not lehrt nicht nur allein beten, nein sie lehrt auch kämpfen und organisieren!

**Koalitionsrecht und korporativer Arbeitsvertrag.**

Auf der kürzlich in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik drehte es sich bei demjenigen Teil der Beratungen, der sich an einen Vortrag anknüpfte, den der alte, bereits seit Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts für eine bessere, den Arbeitern mündigere Ausschaltung des Koalitionsrechts kämpfende und deshalb von den Arbeitern hochgeschätzte Gelehrte, Professor Lujo Brentano, hielt, im wesentlichen um die Frage des korporativen Arbeitsvertrages und einer gerechteren Ausschaltung des Koalitionsrechts, deren Lösung im zeitgemäßen Sinne auf jener Tagung manche Widerwärtige entstanden.

Der Inhalt dieser Beratungen bietet des Interessanten und Lehrreichen so viel und ist deshalb für unsere Leser so beachtenswert, daß wir es uns nicht verzeihen können, auf die wichtigsten Momente dieser allerdings rein akademischen Verhandlungen einzugehen.

Schon die Art der Zusammenkunft dieser Versammlung, die hinsichtlich ihres Personenkreises aus den Vertretern und Vertretern der verschiedenen, sich gegenseitig bekämpfenden sozialpolitischen Richtungen bestand, mußte ganz natürlich zur Behandlung von Meinungen führen, die trotz des akademischen Charakters der Beratungen ein weit über diese Kreise hinausreichendes Interesse für sich in Anspruch nehmen.

Unter den Teilnehmern an dieser Versammlung des Vereins für Sozialpolitik sind uns einige recht wohlbekannt. So z. B. der in der Zeit des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet, diese greifen, aus den bestehenden mühsamen Verhältnissen geborenen Bewegung nicht sehr wohlgenimmt, der genannte Veroneser Ensel, noch mehr der durch seine liberalmachenden Anschauungen und Vorträgen sehr bekannte Dr. Zille aus St. Johann und andere, denen zum Teil als Antipoden auf dem Gebiete der liberalen Sozialpolitik außer Professor Brentano die Herren Geheimrat Dr. Kottenburg, Professor Weber aus Heidelberg, Dr. Darms aus Tübingen, Arbeitersekretär Gaebele und andere gemitlich anwesend.

Professor Brentano hatte sich zu einem der dieser Versammlung zu haltenden Vorträge das Thema: „Die Arbeitsverhältnisse in den privaten Kleinbetrieben“ erwählt, dem er die folgenden Leitsätze zugrunde legte:

1. Erhebung der Ausnahmegeretzgebung des § 153 der Gewerbeordnung durch die Vollziehung des deutschen Strafgesetzbuches überhöflichen Zwang und Erziehung.
2. Gesetzlicher Schutz des Selbstkollisions, nicht nur des Selbstkollisions.
3. Der Erlass von künftigen, zwingenden Verordnungen, durch welche der Mißbrauch der Wohlfahrtsanstalten als Rechtsmittel ausgeschlossen wird.
4. Die Stammerung eines Zwanges für Arbeiter, mit Vertretern der Organisationen der Gegenpartei über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln.
5. Zur Durchführung des Verhandlungszwanges die Bestimmung, daß Staatsanträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schlichteramt zum Austrag zu bringen und die keinerlei Verbindung angehörend, welche das Verhandeln mit Arbeitervertretern verweigert.
6. In dem gleichen Zweck muß für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Führung des Korrespondenten der bestehenden Berufsvereine sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt.
7. Die frei gewählten Vertreter beider Parteien, als welche auch Personen, die weder als Arbeitgeber noch als Arbeiter dem Gewerbe angehören, gewählt werden können, haben unter Vorsitz eines Unparteiischen alle Streitfragen über abzuwickelnde Arbeitsverträge zu regeln. Als Unparteiischer hat, wo eine Wahl des Letzteren durch die Parteien selbst nicht zustande kommt, der Vorsitzende des Gewerbegerichtes des Bezirkes zu fungieren.
8. Was im kollektiven Arbeitsvertrag (Massenvertrag) vereinbart wird, muß für alle an dem betreffenden Gewerbe beteiligten die gleiche rechtliche Gültigkeit haben wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrages (Einzelarbeiterabkommen).

Das Ja- und Wider in den Beratungen jener Versammlung galt hauptsächlich der Frage, ob zwischen den Leitern der Kleinbetriebe oder der gewerblichen Betriebe überhaupt und ihren Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen werden sollten, die sich auf die Gestaltung der gegenseitigen Verhältnisse, insonderheit der Lohn- und Arbeitsbedingungen beziehen.

Der Behandlung dieser Frage sowie aller seiner Theorien, deren Lösung für das gesamte menschliche Leben innerhalb der heutigen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung recht wohl möglich, wenn gleich auch sehr schwierig ist, ließ der Vortragende eine ausgezeichnete Begründung zu teil werden, in der er auf das absolute Regime in den privaten Kleinbetrieben hinwies, es verurteilte und aus der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, wie sie in diesen Betrieben den Arbeitern gegenüber zutage tritt, den Schluß zog, daß unter solchen Verhältnissen selbst die gesetzliche Anerkennung der Arbeiter-Berufsvereine unannehmlich sei und sich unter Arbeitsvertragsrecht im unfernen Zustande befinde.

Alles das, worum der Vortragende in seinen Ausführungen hinwies, war ja durchaus nicht neues. Wir wissen, was es mit der Freiheit des Arbeitsvertrages auf sich hat, das die Gleichachtung zu einem Vertragsverhältnis „gleichmäßig freier Personen“ gemacht hat, dessen Freiheit eben nur in der Theorie besteht. Es ist den Arbeitern zwar bekannt, daß mit ihren, den gleichen Zielen zustrebenden Arbeit und Interessengruppen zu verbinden, um sich von den Unternehmern mündigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern und gegebenenfalls durch Anwendung des letzten Mittels, des Streiks, zu erzwingen. Aber die praktische Anwendung dieses gegebenen Rechtes und die „Freiheit“, sich dieses Rechtes zu be-



Grundlagen zu führen und die Ergebnisse dieser Statistik von der Generalkommission zusammenstellen und veröffentlichen zu lassen.

Dass eine solche Aufnahme im ersten Jahre nicht vollkommen sein kann, ist leicht erklärlich. Von den Verbänden, in welchen eine solche Statistik seit längerer Zeit geführt ist, wird heute schon Vollkommenes geboten werden können.

Ein Mangel wird der Statistik über die Lohnbewegungen wohl noch für längere Zeit anhaften. Es wird wohl in kurzer Zeit möglich werden, die durch die Lohnbewegungen erzielten Erfolge und schließlich auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die nach erfolgten Lohnbewegungen eintrat, vollständig darstellen zu können.

Lohnbewegungen waren insgesamt im Jahre 1904 in 40 Erwerbsteilen in 1310 Orten in 15143 Betrieben mit 249 382 Beschäftigten zu verzeichnen. Nur drei Organisationen fehlt die Angabe der Zahl der Beschäftigten und für zwei Organisationen die Zahl der Betriebe.

Die Lohnbewegungen im Bereiche nicht hantelnden haben, betreffen die Besätze der Organisationen des Holzhauens, Barbiers, Bergbauern, Klammernhaken, Buchbinder, Geometer, Steinmetzen, Glaser, Bauhilfsarbeiter, Tischler, Metzger, Klempner, Korsettmacher, Seileute, Schiffbauarbeiter, Schiffbauarbeiter und Schiffbauarbeiter.

Bei den Glaserarbeitern, Zimmern und Tischlern haben Bewegungen stattgefunden, doch fehlen hier die Organisationen, nicht in den Organisationen, welche die Lohnbewegungen durchzuführen in der Statistik angegeben sind.

Das nach dem obigen Gesamtstand der Lohnbewegungen des Jahres 1904 ist somit nicht vollkommen, doch können die darüber von drei Organisationen die Lohnbewegungen durchzuführen haben. Von der Gesamtzahl der Lohnbewegungen wurden solche in Betrieben, die sich arbeitsbedingten durchzuführen von 40 Organisationen in 1976 Orten, in 14 781 Betrieben mit 211 709 Beschäftigten, betreffen waren in diesen Betrieben 169 974 Arbeiter und Arbeiterinnen.

wurden die Bewegungen beigelegt in 1476 Fällen, und zwar wurden die Verhandlungen geführt in 813 Fällen zwischen den Parteien direkt, in 166 Fällen zwischen der Arbeiter- und der Unternehmerorganisation, in 20 Fällen vor dem Gewerbeamt, in 528 Fällen unter Teilnahme der Organisationsinstanzen und in 16 Fällen unter Vermittlung dritter Personen oder Notverpflichteten.

Der Erfolg der Bewegungen war für 48 534 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 125 252 eine Lohnerhöhung. Zur 1188 dieser Beteiligten fehlte die Angabe über die Summe der erreichten Arbeitszeitverkürzung und für 1872 die Summe der erzielten Lohnerhöhung.

Die folgende Aufstellung zeigt, in welchem Maße die Mitglieder der einzelnen Organisationen in den verschiedenen Industriezweigen an diesen Bewegungen und dem erzielten Erfolge beteiligt waren:

Organisation der	Zahl der Orte	Jahl der Beteiligten	Es erreichten	
			Arbeitszeitverkürzung pro Woche	Lohnerhöhung pro Woche
<b>Bauhilfsarbeiter</b>	43	12 085	2 058	6 333
Dachdecker	13	497	360	1 820
Glaser	9	699	638	3 519
Maler	13	1 360	398	1 104
Maurer	202	30 777	6 961	26 511
Steinarbeiter	22	1 116	283	2 760
Steinbeuger	56	2 844	449	1 738
Tischler	27	1 319	193	1 120
Zimmerer	104	11 293	3 026	13 359
<b>Zusammen</b>	<b>489</b>	<b>62 030</b>	<b>15 196</b>	<b>58 264</b>
<b>Metallindustrie und Schiffbau:</b>				
Metallarbeiter	69	19 529	8 511	25 493
Waffenmacher	2	17	3	—
Werkzeugmacher	4	190	75	225
Schmiede	19	714	830	2 204
<b>Zusammen</b>	<b>94</b>	<b>20 390</b>	<b>8 919</b>	<b>27 922</b>
<b>Graphische Gewerbe und Papierindustrie:</b>				
Buchbinder	9	3 070	—	—
Buchdruckerei-Hilfsarbeiter	4	686	36	159
Lithographen	22	1 037	565	1 654
<b>Zusammen</b>	<b>35</b>	<b>4 752</b>	<b>601</b>	<b>1 713</b>
<b>Holzindustrie:</b>				
Hilfshauer	18	896	415	760
Holzhauer	16	1 108	721	3 245
Holzarbeiter	108	19 344	7 707	23 746
Leinwandarbeiter	8	785	785	785
Vergoldner	3	115	77	462
<b>Zusammen</b>	<b>148</b>	<b>22 248</b>	<b>9 705</b>	<b>28 213</b>
<b>Nahrungs- und Genussmittelindustrie:</b>				
Bäcker	17	1 768	221	1 644
Brauereiarbeiter	96	13 588	6 939	25 090
Meisler	4	2 060	406	4 872
Müller	2	354	354	—
Tabakarbeiter	20	1 127	46	1 087
Tabakverarbeiter	5	125	—	125
<b>Zusammen</b>	<b>144</b>	<b>19 022</b>	<b>7 966</b>	<b>31 546</b>
<b>Bekleidungsindustrie, Lederindustrie, Textilindustrie:</b>				
Schneider	14	2 861	49	294
Schuhmacher	35	1 351	288	1 554
Strickmacher	4	1 948	1 870	11 160
Strickhutmacher	3	160	—	62
Strickhutmacher	7	374	122	732
Textilarbeiter	2	62	16	96
Textilarbeiter	5	268	—	268
Textilarbeiter	11	1 149	105	591
<b>Zusammen</b>	<b>81</b>	<b>8 176</b>	<b>2 450</b>	<b>14 337</b>
<b>Sonstige Berufe:</b>				
Büroangestellte	1	2 800	—	—
Kontrollarbeiter	21	4 061	2 207	15 330
Gemeindebedienstete	24	22 562	487	6 762
Hausarbeiter	6	275	30	60
Handels-Transportarbeiter	33	3 638	1 003	8 273
<b>Zusammen</b>	<b>85</b>	<b>33 356</b>	<b>3 727</b>	<b>30 425</b>

Es erhielten ferner bei den Gemeindebetriebsarbeitern 18 736 Personen teilweise kleine Aufbesserungen, 1529 Invaliden und Hinterbliebenenversorgung, 3657 Sommerurlaub von 2-8 Tagen und 11 000 im Krankheitsfälle die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn auf die Dauer von 4-6 Wochen bewilligt. Bei den Holzarbeitern wurde in 22 Fällen ein Minimallohn garantiert, in 38 Fällen ein Lohnzuschlag für Heberstunden bewilligt, in 10 Fällen der Lohn bei Affordarbeiten garantiert, in 19 Fällen die Affordarbeit und in 3 Fällen der Aush- und Logiszwang beim Arbeiter abge schafft. Bei den Lithographen erhielten 120 Arbeiter Feiertagsbezahlung und 298 einen Zuschlag von 25 Proz. für Heberstunden bewilligt. Bei den Steinsetzern wurde durch tarifliche Festlegung der Arbeitsleistung für 900-1000 Arbeiter eine indirekte Lohn-erhöhung von 20-25 Proz. - 12 14 000 RM. pro Woche erzielt und bei den Fabrikarbeitern erhielten 33 Personen besseres und 7 zubereitetes Material infolge der Bewegungen geliefert. Damit ist die Summe der neben der Arbeitszeitverlängerung und der Lohn-erhöhungen herbeigeführten Verbesserungen keineswegs erschöpft, doch werden sich alle diese nicht gut in einer Statistik aufzählen lassen. Diese Beispiele sollen nur zeigen, daß die Bewegungen nicht nur Arbeitszeitverlängerung und Lohn-erhöhungen, sondern auch eine Reihe sonstiger Verbesserungen der Arbeitsbedingungen herbeiführten.

Den größten Anteil an den Lohnbewegungen hatte das Bau- gewerbe mit Bewegungen in 489 Orten und 62 030 Beteiligten, einer Arbeitszeitverlängerung von 58 261 Stunden pro Woche für 15 166 Beteiligte und einer Lohn-erhöhung von 115 759 RM. pro Woche für 59 193 Personen. Der Hauptanteil der Bewegungen mit 30 777 Beteiligten, 26 511 Stunden Arbeitszeitverlängerung für 6861 und 72 241 RM. Lohn-erhöhung pro Woche für 30 777 Per- sonen entfällt in dieser Industrie-Gruppe auf den Verband der Maurer. Dann folgte die Gruppe Holzindustrie und in ihr an erster Stelle der Holzarbeiterverband. Einen verhältnismäßig großen Anteil an den Bewegungen hatte der Verband der Brauer und der der Gemeindebetriebsarbeiter. Ersterer hat besonders Er- folge bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Es erhielten 6939 Brauer eine solche von zusammen 25 030 Stunden pro Woche und 13 523 eine Lohn-erhöhung von zusammen 39 077 RM. Ein großer Teil dieser Erfolge dürfte der tätigen Mit- wirkung der Arbeiterorganisationen in den verschiedenen Orten zu danken sein, deren Einfluß auf die Brauereibetriebe sich ebenfalls geltend gemacht hat.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeits- bedingungen wurden im letzten Jahre von 20 Organisationen in 234 Orten in 362 Betrieben mit 3673 Beschäftigten geführt. An diesen Bewegungen waren 14 232 Personen beteiligt. Unternehmer- organisationen bestanden an 95 Orten und gehörten in 82 Fällen die betroffenen Unternehmer diesen Organisationen an. Zum Ab- schluss eines Jahresberichtes kam es bei diesen Differenzen nur in 16 Fällen. Die Ausnahmen für die Bewegungen betragen 4151 RM. Durch Vergleichsverbindungen wurden die Differenzen in 211 Fällen beseitigt, und zwar fanden Verhandlungen 71 direkte zwischen den Parteien in 116, mit der Unternehmerorganisation in 7, vor dem Gewerbeamt in 4, durch Vermittlung der Organi- sationenbestanden in 82 und durch Vermittlung anderer Personen und Arbeitslosen in 2 Fällen. Die Verhandlungen wurden ein- geleitet auf Antrag der Unternehmer in 13 und auf Antrag der Arbeiter in 197 Fällen. Diese Zahlen sind nicht vollständig, weil für den Verband der Maurer nur angegeben ist, daß in 80 Orten Bewegungen stattfanden, wovon 74 wegen Lohn-erhöhung und sechs wegen Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt werden mußten und daß die Bewegungen erfolgreich waren. Weitere Angaben fehlen.

Durch die Bewegungen wurde abgewehrt für 2583 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 9777 Stunden pro Woche und für 3379 Personen eine Lohn-erhöhung von zusammen 10 670 RM. pro Woche. Diese in der Abwehr erzielten Erfolge sind mit denen durch die Angriffsbewegungen herbeigeführten zusammen- zufassen, wenn der Gesamterfolg der Lohnbewegungen des Jahres 1904, soweit er die Dauer der Arbeitszeit und die Lohnhöhe betrifft, völlig abzuwägen werden soll.

Insgesamt erreichten eine Arbeitszeitverlängerung oder wehrten eine Arbeitszeitverlängerung ab 39 929 Arbeiter und Arbeiterinnen von zusammen 22 197 Stunden pro Woche; Lohn-erhöhung erreichten oder Lohn-erhöhungen wehrten ab 124 759 Arbeiter und Arbeiterinnen von insgesamt 26 788 RM. Nur weitere 1188 an den Lohn- bewegungen Beteiligten, die eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 1872, die eine Lohn-erhöhung erzielten, fehlte die nähere An- gabe des Erzielten.

Die Arbeitszeit wurde in den Einzelfällen von 1/2 bis zu 96 Stunden pro Woche verkürzt, während Arbeitszeitverlängerung den Arbeitern von 1 1/2 bis 12 Stunden angedroht wurde. Lohn- erhöhungen wurden von 50 Pf. bis zu 12 RM. pro Woche erzielt und angebotene Lohn-erhöhungen von 50 Pf. bis 1350 RM. abgewehrt.

Die Zahl der Arbeiter, die in den verschiedenen Differenz- liegenden Betrieben Arbeitszeitverlängerung oder Lohn-erhöhung er- zielten oder Arbeitszeitverlängerung oder Lohn-erhöhung abwehrten, ergibt die folgende Aufstellung.

Es erreichten pro Woche:

Arbeitszeitverlängerung		Lohn-erhöhung	
Stunden	Arbeiter	Mark	Arbeiter
1/2	626	bis 0,50	3 412
1	649	0,60-1,00	15 368
1 1/4	136	1,10-1,50	87 746
1 1/2	1 533	1,60-2,00	25 028
2 1/2	780	2,10-2,50	9 979
2 3/4	86	2,60-3,00	15 358
3	20 709	3,10-3,50	6 056
3 1/2	746	3,60-4,00	4 705
3 3/4	8	4,10-4,50	1 562
4	204	4,60-5,00	560
4 1/2	152	5,10-5,50	77
5	289	5,60-6,00	777
6	11 672	6,10-6,50	11
7	445	6,60-7,00	87
7 1/2	842	12,00	4
9	680	?)	650
10	80		
11	21		
12	1 020		
16	23		
18	344		
26	150		
36	4		
Summa 47 346			

Es wehrten ab pro Woche:

Arbeitszeitverlängerung:		Lohn-erhöhung	
Stunden	Arbeiter	Mark	Arbeiter
1 1/2	48	bis 0,50	40
8	2 079	0,60-1,00	266
6	260	1,10-1,50	312
8	46	1,60-2,00	995
11	110	2,10-2,50	150
12	27	2,60-3,00	269
		3,10-3,50	219
		3,60-4,00	07
		4,50-5,00	539
		5,10-5,50	13
		6,00	84
		7,00	290
		10,00	12
		18,50	80
		?)	173
Summa 2 583			Summa 3 379

In der Regel wurde die Arbeitszeit um täglich ein halbe Stunde oder um eine Stunde verkürzt. Die frühere Verkürzung der Arbeitsdauer erreichten 20 709, die letztere 11 672 Arbeiter und Arbeiterinnen. Eine Arbeitszeitverlängerung von täglich zwei Stunden erreichten noch 1929 Personen. Die über zwei Stunden täglich erzielte Verkürzung der Arbeitszeit betrifft sicher Aus- nahmefälle. Eine Verkürzung um 16 Stunden wöchentlich er- langten 23 Brauer, eine solche um 18 Stunden 204 Holzarbeiter und 140 Transportarbeiter, eine solche um 26 Stunden 150 Ge- meindebetriebsarbeiter infolge Einübung des Achtstundentages und eine solche von 36 Stunden vier Brauer. Ein halbbründige Ver- längerung des Arbeitstages wurde für 2079 Personen abgewehrt. Die Verlängerung der Arbeitszeit um 11 Stunden wurde in der Metallindustrie, die um 12 Stunden im Holzgewerbe vermindert. Die Mehrzahl der Arbeiter, 103 479, erhielt eine Lohn- erhöhung von 60 Pf. bis 2 RM. pro Woche. Eine Lohn-erhöhung von 2,10-3 RM. erhielten 25 337 Personen. Eine Lohn-erhöhung von 6 RM. pro Woche erhielten nur 777 Personen. Von 6,60 bis 7 RM. Lohn-erhöhung erhielten 87 Brauer und eine solche von 12 RM. 4 Forster. Die verminderten Lohnforderungen von über 6 RM. pro Woche waren ausschließlich in der Metallindustrie zu verzeichnen.

Von den letzten Abwehrbewegungen betrafen noch 5 Fälle mit 511 Beteiligten die Abwehr des Verlustes, die Lohnarbeit zu bestreiten; 15 Fälle mit 3576 Beteiligten die Abwehr einer fälschlichen Kaderforderung; 10 Fälle mit 513 Beteiligten Maß- regelung und 14 Fälle mit 2169 Beteiligten die Abwehr von An- forderungen verschiedener Art.

Die Zahl der Bewegungen, die ohne Erfolg endeten, läßt sich nach der für diese erstmalige Aufnahme erzielten Fragestellung weder für die Angriffe, noch für die Abwehrbewegungen angeben. Es läßt sich jedoch angeben, daß alle zur Abwehr geführten Be- wegungen mit einem Erfolg endeten, sofern nicht von den Bericht- erstattern angegeben wurde, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Lohn-erhöhung eingetreten ist. Wie oben bemerkt, wird dieser Teil der Statistik wohl nicht vollständig sein, weil das Ver- hältnis für die Betrieben aus dieser Seite der Statistik noch nicht allseitig vorhanden sein dürfte.

Über eingetretene Arbeitszeitverlängerungen wird von keiner Organisation berichtet. Über Lohn-erhöhungen berichten 7 Organi-

\* Bei 650 Bildhauern ist die Gesamtsumme der erreichten Lohn- erhöhung, nicht aber die für die einzelne Person erreichte, angegeben.  
\*\* Für 173 Steinarbeiter fehlt die Angabe der Summe der abgewehrten Lohn-erhöhung im einzelnen und im ganzen.

fationen. Es erlitten 477 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohn-  
 kürzung von zusammen 551 M. pro Woche, und zwar waren Lohn-  
 reduzierungen zu verzeichnen bei den: Pflückern für 29 Personen  
 mit 29 M., Holzarbeitern für 22 mit 13 M., Lederarbeitern für 13  
 mit 26 M., Metallarbeitern für 49 mit 95 M., Säbmalern  
 für 23 mit 22 M., Textilarbeitern für 275 mit 300 M. und  
 Töpfern für 66 Personen mit 66 M. pro Woche. Bis 50 Pf.  
 Lohnverkürzung mußten hinnehmen 17, von 60 Pf. bis 1,00 M.  
 370, von 1,50 M. 8, von 2,00 M. 77, von 2,50 M. 2 und von  
 3,00 M. pro Woche 3 Personen. Bei den Mauern ist in den  
 letzten 2 Jahren für 8028 Arbeiter eine Lohnreduzierung und für  
 888 Arbeiter eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten, doch  
 fehlen nähere Angaben darüber, in welchem Umfange eine Ver-  
 schlechterung der Arbeitsbedingungen im letzten Jahre eingetreten ist.

Verlassen wir das Ergebnis der Statistik im allgemeinen, so  
 werden wir den Gewerkschaften die Anerkennung für ihr Wirken  
 im Interesse der Arbeiterklasse und im Besonderen Inter-  
 esse ihrer Mitglieder nicht verweigern können. Es sind pro  
 Woche 202 197 oder im Jahre rund 10 000 000 Stunden Arbeits-  
 zeitverkürzung erreicht worden. Was ist eine dauernde Errungnis  
 jenseit der Gewerkschaften, aber sie kommt nur rund 50 000 Arbeitern  
 und Arbeiterinnen zugute.

Bezüglich der Lohnverbesserungen und der Abwehr von Lohn-  
 kürzungen dürfte es aber fraglich sein, ob sie wirklich zu einer  
 Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse geführt haben. Wir  
 sind überzeugt, daß von dem Schwarzmalertum diese Zahlen auf-  
 gepfiffen werden, daß erklärt werden wird, eine vierel Million  
 Markt Lohnverbesserung pro Woche oder rund 12 000 000 M. im Jahre  
 sei eine enorme Steigerung des Einkommens der Arbeiterklasse. Zu-  
 nächst aber sei bemerkt, daß die Arbeiterklasse niemandem weis-  
 er, als sich selbst, als ihrer Opferfreudigkeit für ihre Gewerkschaften  
 diesen Erfolg verdankt. Es handelt sich hier nicht um freiwillige  
 Leistungen des Unternehmertums, sondern um Errungnisse, die  
 der Transformation der Arbeiterklasse zu danken sind.

Trotzdem ist aber mehr als wahrscheinlich, daß diese Lohn-  
 heigerungen das nicht aufwiegen, was den Arbeitern durch sämtliche  
 Wertenergerung der Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände ge-  
 nommen ist. Und wiederum ist es nur ein geringer Teil der Arbeiter-  
 klasse, sind es nur rund 125 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die  
 sich einer Erhöhung ihres Einkommens erfreuen können. Mehr als  
 5 000 000 Industriearbeiter und Arbeiterinnen haben die Ver-  
 teuerung der Nahrungsmittel ertragen müssen, ohne ihr Einkommen  
 erhöhen zu können. Es wäre, trotz aller Anerkennung, die wir den  
 Leistungen der Gewerkschaft zollen müssen, verfehlt, nach dem Er-  
 rungenen darauf zu schließen, daß sich im letzten Jahre die Lebens-  
 haltung der Arbeiterklasse gehoben habe. Und wenn im nächsten  
 Jahre der Inflations voll zur Geltung kommt, dann wird mit einem  
 Schlag das vernichtet sein, was die Gewerkschaften in einem Jahr  
 zehnt an Lohnverbesserungen erreicht haben. Das dürfte den Arbeitern  
 nach zwei Richtungen zu denken geben. Sie werden daraus erkennen  
 müssen, daß sie mehr noch als bisher zu ihren Gewerkschaften halten  
 und für deren Ausbreitung und Stärkung mit aller Kraft sorgen  
 müssen. Zweitens aber muß es ihnen klar zum Bewußtsein kommen,  
 daß es mit dem gewerkschaftlichen Kampf allein nicht getan ist,  
 wenn durch ein Gesetz allein die Errungnisse der Gewerkschafts-  
 organisationen eines Jahres vernichtet werden können. Sie  
 müssen aus diesem Ergebnis die Lehre ziehen, daß sie sich auch um  
 die politischen Vorgänge zu kümmern und dafür zu sorgen haben,  
 daß die Gewerkschaft nicht zu ihrem Schaden arbeitet.

Und wenn wir denn noch in Betracht ziehen, daß selbst in einer  
 Periode wirtschaftlich günstiger Konjunktur und steigender Nahrungs-  
 mittelpreise Lohnkürzungen eintreten, so muß mit allem Nachdruck  
 die Mahnung ausgesprochen werden, daß die Arbeiterklasse daran  
 zu denken hat, daß noch gewaltig viel zu tun ist, ehe ihr Recht auf  
 eine ausreichende Lebenshaltung zur Geltung gebracht werden kann.

Wir erwarten bestimmt, daß im laufenden Jahre energischer  
 daran gearbeitet wird, den Ausgleich zwischen Nahrungsmittel-  
 verteuerung und Lohnhöhe herbeizuführen. Nicht gebildet in ihr  
 Schicksal ergeben darf sich die Arbeiterklasse, sondern sie muß, durch  
 rücksichtslosen Kampf beehrt sein, die Löhne, die ihr durch eine un-  
 fairen Wirtschaftspolitik aufzuerlegt werden, abzuschütteln. Die  
 Verantwortung für diese Kämpfe mögen jene tragen, welche die  
 Arbeiterklasse in diese Zwangslage gebracht haben. Auf alle Fälle  
 muß die Arbeiterklasse zu dem Bewußtsein kommen, daß Dulden und  
 Darben nicht nur ihrer unwürdig, sondern auch geeignet ist, ihre  
 Widerstandskraft völlig zu brechen.

C. Legien.

### Ein Städtebund und seine Aufgabe.\*)

„Deutscher Städtebund“ nennt sich eine im Jahre 1903 ge-  
 gründete Vereinigung von Vertretern deutscher Städte. Sein Vor-  
 stand, der sich in letzter Zeit durch seine Stellungnahme zur Reichs-  
 not bemerkbar gemacht hat, ist sich, wie wir kürzlich mitgeteilt

haben, schlüssig geworden, demnächst einen Deutschen Städtebund zu  
 berufen, der die definitive Konstituierung der Vereinigung vor-  
 nehmen soll. Mit dem 1. Januar 1906 soll der „Deutsche Städte-  
 bund“ als eine dauernde, feststehende Organisation ins Leben  
 treten. Nach dem vorliegenden Satzungsentwurf ist er ein Ver-  
 band deutscher Städte und Städteverbände, der sich die Aufgabe  
 stellt, die Wohlfahrt der ihm angeschlossenen Gemeinwesen zu  
 pflegen, die gemeinschaftlichen Interessen der Städte zu wahren  
 und die Meinungs- und Ausbildung der Verwaltungseinrichtungen  
 untereinander zu fördern. Zur Erwerbung der Mitgliedschaft  
 sollen berechtigt sein: a) die deutschen Städte, welche bei der je-  
 weilig letzten allgemeinen Volkszählung die Einwohnerzahl von  
 25 000 erreicht haben; b) solche Städteverbände, die, abgesehen  
 von den nach Absatz 4 selbständig vertretenen Städten, eine  
 städtische Bevölkerung von zusammen nicht als 25 000 Männern zu  
 vertreten haben. Der Verband wird durch einen ständigen Vor-  
 stand und einen Konventionsrat vertreten und verleiht seine Auf-  
 gaben im wesentlichen durch zeitweilige Abhaltung von Versamm-  
 lungen, durch Unterhaltung einer eigenen Anstalt, durch  
 zeitweilige Veröffentlichungen sowie durch Anlegung und  
 Unterhaltung einer Bücherei. Die Versammlungen werden  
 vom Vorstande in der Regel alle drei Jahre, nach Be-  
 schlüssen auch in kürzeren Zeiträumen, abwechselnd nach ver-  
 schiedenen Orten einberufen. Vorgesehen ist die Errichtung einer  
 mit einer Bücherei verbundenen Zentralfstelle, von welcher Aus-  
 kunfte über alle städtischen Einrichtungen erteilt und an der  
 Studien über deutsches Verwaltungs- und Stadtverwaltungsrecht,  
 ferner über Städtebau, Städteentwicklung und Stadtwirtschaft  
 an der Hand eines vollständigen, geordneten Stoffes betrieben wer-  
 den können. Zu diesem Zweck sind aus den Einkünften des  
 Städtebundes Mittel zur Anschaffung von Büchern,  
 namentlich aus dem Gebiete der das Stadtwesen betreffenden  
 Staatswissenschaften bereit zu stellen und ferner alle Mittel zu ver-  
 werten, welche in ihrem Verwaltungsbereiches bereitgestellt sind  
 mit der Gemeindevverwaltung und dem städtischen Leben zusammen-  
 hängenden wichtigeren Einrichtungen in einem Abzuge kostenfrei an  
 die Bücherei des Deutschen Städtebundes abzugeben. An der  
 Spitze dieser Zentralfstelle steht ein juristisch oder volkswirtschaftlich  
 gebildeter Direktor, der mit den Verhältnissen der deutschen Stadt-  
 verfassungen und Stadtverwaltungen vertraut sein muß.

Die Idee, sich eine Organisation zu schaffen, ist eine durch-  
 aus gesunde und glückliche. Unwiderlich mag sich manchem die  
 Frage aufdrängen: wie es sich erklären läßt, daß sie nicht längst  
 geschaffen worden ist? Denn die Tatsache, daß die deutschen Städte  
 höchst wichtige gemeinsame Interessen zu wahren und zu fördern  
 haben, hat sich wahrlich nicht erst in neuerer Zeit herausgebildet.  
 Sie hat allerdings seit Gründung des Reiches, vor allem infolge  
 der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Geschehnisse stetig  
 an Bedeutung gewonnen. Aber die Interessengemeinschaft an sich  
 reicht viel weiter zurück: sie war schon in früheren Einrichtungen  
 und Verhältnissen begründet. Die Erklärung dahin, daß die Soli-  
 darität der Städte nicht längst ihren gehobenen organisatorischen  
 Ausdruck gefunden hat, haben wir in zwei Umständen zu finden:  
 einmal in der das ganze kommunale Wesen überwuchernden  
 Praxis der reaktionären Staatsgewalt, und in Verbindung damit  
 in einer gewissen Rückständigkeit der Auffassung von dem Zweck,  
 den Aufgaben und der Bedeutung des kommunalen Wesens —  
 eine Rückständigkeit, die hier und da bis zu dem Prinzip moralischer  
 kommunaler Abhängigkeit ging und sich alles in allem in blöder  
 Philisterei, in sogenannter „Arbeitsmoralpolitik“ offenbarte.

Die Entwicklung, welche die allgemeinen, das ganze Volk an-  
 gehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten  
 genommen haben, der Kulturfortschritt duldet diese Rückständigkeit  
 nicht mehr. Die Macht, die Logik der Tatsachen zwingt die städti-  
 schen Gemeinwesen zu solidarischen Wirken, und zwar zu einer  
 dauernden auf der Basis fester Organisation und regelrechter Ver-  
 ständigung. Wie ein Erwachen aus langer Verborgung ist es über  
 sie gekommen mit dem Ernst einer neuen Zeit, der, wie an den  
 Staat, so auch an die Gemeinde, andere und ungleich höhere An-  
 forderungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens stellt, als  
 die vergangene Zeit es tat.

Schon einmal sah Deutschland großartige Organisationen  
 und Institutionen der Rheinische Bund, die Hansa, die für ge-  
 meinsame wirtschaftliche und politische Interessen, für bürgerliche  
 Wohlfahrt und Arbeit eintraten und sich im Kampfe mit  
 Absolutismus, Adel und Kirche sich maßten. Der Absolutismus ver-  
 nichtete die städtische Freiheit; das freie Bürgerthum und der Libe-  
 ralismus haben auch im konstitutionellen Staat nicht vermocht,  
 sie wieder herzustellen, obwohl dies deren Prinzipien entsprochen  
 hätte. Der neue deutsche Städtebund, der jetzt von bereits ge-  
 schaffener Grundlage aus anstrebt, wird allerdings, zunächst  
 wenigstens, wesentlich anders geartet sein als seine mittel-  
 alterlichen Vorgänger. Die Städte heben noch viel zu sehr in  
 der Zwangslage reaktionärer Staatsgewalt, als daß sie so ohne  
 weiteres mit einem festen politischen, wirtschaftlichen und sozial-  
 politischen Reformprogramm auftreten können. Daraus kommt,  
 daß ihre Verwaltungen und Vertretungen an Sonderinteressen der  
 herrschenden Klassen gebunden sind und darin die erheblichsten

\*) Aus dem „Hamburger Echo“



einer dominierenden Minderzahl der Bürger und ihre vornehmlichste oder einzige Aufgabe darin sehen, deren Sonderinteressen zu dienen.

Noch viel zu sehr wird bei uns in Deutschland das kommunale Verwaltungssystem vergessen und verkannt über dem staatlichen Verwaltungssystem. Die ganze Kulturentwicklung aber weist die Gemeinde zwingend darauf hin, ein ganz neuer sozialer Organismus zu werden. Sie kann das nur werden unter stetig wachsender Anerkennung demokratischer Prinzipien und sozialistischer Aufzucht.

Als freies Glied des Staatsorganismus muß sie sich verhalten; wie das Individuum, so soll auch sie von der staatlichen Zentralgewalt nicht mehr, als das Volksinteresse es gebietet, abhängig sein.

In England hat die völlige Umwandlung des sozialen Charakters der Gemeinde, von der Stuart Mill sagte, daß sie eine der wichtigsten Grundlagen für eine vollständig neue Gesellschaftsordnung sein werde, sich längst vollzogen. Englands Municipal Reform Act wird als Vorbild angesehen, aber die deutschen Städte haben sie leider noch viel zu wenig oder gar nicht sich zum Vorbild genommen.

Wird der neue Stadtrat, der „Deutsche Stadtrat“, sich zu den Funktionen einer Kommunalparlament, wie wir sie hier fast ausschließlich haben, bekennen? Wird er die Wege der Umwandlung zum gemeindefreien Demokratieismus und zum Municipalsozialismus sich verschreiben und einschlagen? Wir wagen nicht, das zu hoffen, geschweige denn als sicher anzunehmen, obwohl der Verfas. den er hat gewählt hat, solche der Beschäfer der Gemeindefreien. Während der gemeindefreien Parteien der Städte, ihn ohne weiteres darauf hinweisen müßte. Dieser Verfas. wird defektive Theorie bieten, solange die herrschenden Verfassungen und Verfassungen unter gemeindefreier Verwaltung und gemeindefreien Parteien das verhindern, was sie bis jetzt entgegen dem ständigen Verfas. hindern verstanden haben. Am die herrschenden kommunalistische Aufständigkeit zu überwinden und der kommunalistischen Demokratie zu überwinden, müßten die herrschenden Parteien, die den „Deutschen Stadtrat“ bilden, feste Resolutions- und Durchführungs von oben kommen. Danken sein. Bei allem Danken sie den Kampf mit den realistischen Staatsorganen und den herrschenden ständigen Parteien nicht scheuen. Denn ohne Kampf ist der Zweck des neuen Stadtrates nicht zu erreichen; hebt man grundsätzlich von ihm ab, so werden die Lehungen des Stadtrates nicht — wenn es hoch kommt — befristeten auf Weibung und Information. Die kann ja auch sehr nützlich sein, wenn sie die Ausbreitung geländer Grundzüge, die Lösung und die Vereinfachung der Anforderungen und reformatorisches Handeln bewirkt. Es bleibt abzuwarten, ob und wieviel das der Fall sein wird. Dabei wird die Arbeitsweise, die Sozialdemokratie und das wirtschaftliche und fortgeschrittene geistige Bürgerliche Element mit bester möglichem Kraft und Energie für die gemeinsame Umgestaltung des Gemeindefreien und eine geistliche und reformatorische Kommunalpolitik einwirken. In ihnen konnte der „Deutsche Stadtrat“ die besten Bundesorgane haben; ja, er müßte sich auf sie stützen, wenn es ihm wirklich ernst darum wäre, gemeindefreie Verwaltung und Gemeindefreie zu führen. Seine demagogischen Verhandlungen werden darüber entsprechende Beschlüsse, ob er selbst und andere in den an sich gehen und guten Gedanken einer Mehrheit der Städte für deren Wohlfahrt und gemeinsame Interessen im freibewilligen und fortgeschrittenen Geiste, wenn auch nicht in allen, so doch wenigstens in einigen der wichtigsten Punkte zu betonen.

### Leipziger Allerlei.

Große Mitleid mit der Leinwand in den letzten Wochen des Jahres. Die Einwirkung des neuen Rothweins ist mit großem Erfolg und Erfolg verbunden worden. Alles scheint in bestem Gange. Der 20. ist auch kein Ausnahmestück, denn kann man schon ein Jahr lernen. Der Fortschritt ist nun erreicht, aber die schonen Worte des Herrn Oberbürgermeisters können uns noch immer in den Ehren. Nur der verdient sich Arbeit wie das Leben, der Arbeit zu weihen muß.

Unserer Kollegen, welche nun in den letzten Wochen des Jahres die Arbeit über sich selbst setzen. Ich in den letzten Wochen ist man wieder immer, auch Straßenreiniger gewohnt, weil sie zu wissen, ihre Vorkenntnisse zu zeigen. Sie sind zu unterstützen, aber nicht in der Weise der Leinwand. Doch hier haben die Kollegen in Leipzig die Arbeit zu zeigen. Doch hier haben die Kollegen in Leipzig die Arbeit zu zeigen. Doch hier haben die Kollegen in Leipzig die Arbeit zu zeigen.

Ammer, der immer in der Höhe die Vorkenntnisse der Kollegen, hat die Arbeit über sich selbst setzen, aber hier sind sie prompt eckig. Nur eine Ausnahme können machen die Kollegen in Leipzig die Arbeit zu zeigen. Doch hier haben die Kollegen in Leipzig die Arbeit zu zeigen.

Die Straßenreiner, welche aktiv, auch keine leicht Arbeit haben, müssen sich immer noch mit der vorjährigen Pflanz-

zulage begnügen. Neue Forderungen sind gestellt. Der Herr Raurat hat ja auch versprochen, die Löhne aufzubehalten, aber wann wird das wohl werden? In Leipzig beträgt der ortsübliche Tagelohn 3,50 Mk., der Sockellohn der Straßenreiner dagegen nur 3,42 Mk., und die das erhalten, sind auch noch Kolonnenführer resp. Vorarbeiter. Offenlich wird nun der Herr Raurat dafür eintreten, daß den Straßenreiner der ortsübliche Tagelohn gewährt wird. Auch über die Behandlung läßt sich viel sagen und ist schon häufig von uns dieses Thema behandelt worden. Von einer Besserung haben wir bis jetzt noch nichts gehört.

Die Arbeiter des hiesigen Vieh- und Schlachthofes sind die am schlechtesten bezahlten. Löhne von 3 Mk. täglich findet man hier. Es darf nun niemand glauben, daß abgeduldet oder alten Leuten dieser Lohn gezahlt wird, nein, jungen und kräftigen Arbeitern bietet man für ihre aktiv, schwere und anstrengende Tätigkeit dies. Wer sich auf hebt, kann standhaft werden, bekommt dann 4 Mk. Lohn, und kann dieses nach einjähriger Tätigkeit verdienen. Nun gibt es aber Leute, welche über 15 Jahre auf dem Schlachthof gearbeitet haben und heute noch nicht händig sind, also immer noch 3 Mk. erhalten. Das Standhalten ist demnach etwas schwer zu sein, und wenn man nicht wohl will, kann erig werden. Auch wartet diese Kategorie vergebens auf Lohnerhöhung; schon über drei Monate ist der Gehalt abgeduldet und noch ist kein Antwort eingegangen.

Eine andere Kategorie, die Arbeiter der hiesigen Gas- und Wasserwerke, haben vor 16 Monaten ein Gehalt um Aufbesserung ihrer Löhne und Einführung des 8-Stunden Arbeitstages abgelehnt, aber auch hier ist bis heute noch keine Antwort eingegangen. 16 Monate brecht man, um Ertragungen anzuheben bei denselben Sachen, hingegen wie schnell geht es bei Entlohnungen. Die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke sind also die am schlechtesten zu bezahlten. Löhne von 21, 26, 27 bis 30 Mk. pro Stunde sind hier anzusetzen. Erst in letzter Zeit haben sich eine Reihe Anzahl dieser Kollegen unserem Verband angeschlossen, während der größte Teil uns noch fern steht. Können diese Kollegen erkennen lernen, daß sie ohne Organisation nichts für Verbesserung ihrer aktiv, schweren Lage tun können. Lebensforderung stellen ferner noch die Kollegen der Straßenreinigung und die Kolonnenführer. Antwort ist noch nicht eingegangen. Im allgemeinen lassen die Verhältnisse in Leipzig viel zu wünschen übrig. Die lange warten nun schon die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke und des Personal des hiesigen Wasserwerks auf Einführung von Arbeiterausstellungen. Einmal in dieser Beziehung sind schon einige Mal gemacht worden, aber Antwort oder Bescheid ist bislang nicht eingegangen. Gebrauch der Organisation des Haushaltungsplanes wird von Seiten des Rates in Betrachtung von einem guten Einverständnis der Arbeiterausstellung geübt. Wir wünschen dies auch. Aber aus dem oben erwähnten ist zu sehen, daß es damit einwenden noch keine guten Wege hat. Sehr häufig sind die Arbeiterausstellungen von ihren Mandatgebern entworfen worden, auf eine schnellere Erledigung ihrer Einweihen und Verantwortung zu dringen, und dem Leipziger Rat wird dies auch wohl bekannt sein.

In den letzten Stadtverordnetenversammlungen haben wir von Seiten des Rates öfter gehört, daß es den Arbeitern hier nicht, nicht zu erwidern und ihnen dieselben nichts in den Weg setzt wird. Wir sprechen nicht an dem guten Willen. Die Sache liegt in der Praxis etwas anders als in der Theorie. Wir möchten den Rat der Stadt Leipzig erwidern, daß seine Beamten in dieser Hinsicht zu belehren damit sie den Arbeitern, nicht ihre wertvollen Rechte zu schmälern finden.

Unserer Kollegen in Leipzig aber fordern wir auf, für den Ausbau unserer Organisation zu sorgen, und sich die verschiedenen Werte des Oberbürgermeisters einzuräumen und auch danach zu tun. Einem in die Organisation! Auch die Zeitung ist, und nicht über Nacht, sie bis der letzte hiesige Arbeiter und dem Verbände eingeschlossen hat!

### Chemnitzer Straßenreiner.

Wohl und der hiesige Straßenreiner, seine Vorkenntnisse, aber überall wird es die Vorkenntnisse zeigen. Die hiesigen Kollegen in der Vorkenntnisse zeigen. Die hiesigen Kollegen in der Vorkenntnisse zeigen. Die hiesigen Kollegen in der Vorkenntnisse zeigen.



weniger, denn zu dem höheren Standpunkt, dem Arbeiter im Winter, wo sich die Ausgaben für Heizung und Licht noch besonders steigern, denselben Lohn zu gewähren wie im Sommer, kann sich die Chemnitzer Stadtverwaltung nicht emporschieben. Während nun schon mehrere Städte, infolge der Verteuerung der Lebensmittel, Heizungsanlagen geändert haben, und sogar Privatbetriebe dem Beispiel schon gefolgt sind, hat es die Chemnitzer Stadtverwaltung darauf abgesehen, den ohnehin so erbärmlichen Lohn der Straßenreinigung noch zu verringern. Es wurde den Arbeitern ganz einfach erklärt, es gäbe für die Sonntagsarbeit anstatt der früheren 7 Stunden nur noch 6 bezahlt. Für die Arbeit am Sonntag vermittags von ungefähr 1/2 bis 4 Stunden wurden 7 Stunden bezahlt, was wohl auch nicht mehr als recht und billig war. Das erwidern nun auf einmal zu hoch und es wurde flugs eine Stunde gekürzt. Man nahm erst an, daß diese Verfügung nur von einem neuen ins Amt getretenen Betriebsingenieur herangeführt worden war, und glaubte, dieselbe würde von höherer Instanz wieder zurückgezogen werden. Da hatte man sich aber getäuscht. Die liberale Stadtverwaltung hat gegen derartige Verfügungen nichts einzuwenden, denn an Arbeiterlöhnen muß ja gespart werden. Wie der Arbeiter bei den jetzigen Verhältnissen mit 10, 12 oder 15 M. Wochenentlohn eine Familie ernähren soll, das kümmert die Herren auf dem Rathhause wenig. Nur sparen auf Kosten der Arbeiter! Was würde der Herr Ingenieur sagen, wenn ihm jetzt bei gleicher Arbeitsleistung das Gehalt gekürzt würde?

Die Chemnitzer Straßenreinerer kennen aber nun wohl auch bald erkennen, daß nur durch die Organisation derartige Uebel besänftigt werden können. Es haben sich auch schon eine Anzahl Kollegen dem Verbandsangehörigen und ihre Wünsche dahin geäußert, daß eine Petition um Erhöhung der Löhne und Wiederherabnahme der Zehne für die Sonntagsarbeit ausgearbeitet werden soll, um sie in abwechselnder Zeit dem Rate zu unterbreiten. Das soll aber nur eine vorläufige Hilfe in der Not sein, der bald eine weitere Petition um eine gründliche Regelung der Verhältnisse folgen soll. Wie dahin wollen die Kollegen verfahren, nach all die vielen Sammlungen aufzurufen und dem Verbands anzuhören. Nun wohlaufrichtig, Kollegen! Auch und mützig ans Werk! Schafft Euch eine irrationale Organisation, dann werden auch Eure berechtigten Forderungen erfüllt werden müssen.

### Notizen für Gasarbeiter.

Für den Kamffonds haben sich die Kollegen in Berlin, Hamburg, Leipzig, Chemnitz, Halle a. d. Saale und Breslau entschieden.

Achtung, Gasarbeiter der Filiale Berlin! Die vom Hauptvorstand in Nr. 24 bekannt gegebene Urabstimmung über den Kamffonds der Gasarbeiter von 10 Pf. pro Woche ist für die Berliner Filiale insofern erledigt, als die bereits im September vorgenommene Urabstimmung bei uns eine Zweidrittelmehrheit für 10 Pf. erzielte hat, welche nach wie vor bestehen werden. Der Nachbetrug der Berliner Gasarbeiter beträgt also bis auf weiteres 10 Pf.

Der Filialvorstand. J. A. C. Dittmer.

In einer Eingabe teilen die Chemnitzer Gasarbeiter ihrer Stadtverwaltung in folgender vergleichender Uebersicht die Lohnverhältnisse aus 16 Städten mit.

Es wird gezahlt:

(Tagelohn in Mark ausgedrückt)

Ort	Betriebsleute, Retorten- u. Feuerhausarbeiter	Hofarbeiter	Handwerker usw.
Berlin	5,50	4,00—4,20	4,00—6,00
Hamburg	5,50	4,00	4,40—6,00
München	4,20	3,20	3,50—4,40
Leipzig	4,50—4,50	3,50—3,50	4,00—4,80
Dresden	4,60	3,50—3,60	3,60—4,50
Charlottenburg	5,30—5,60	3,80—4,50	4,50—5,60
Hildesf.	5,25—5,50	3,70—4,20	4,00—5,50
Stuttgart	4,00—4,40	3,10—3,70	3,50—5,00
Magdeburg	4,20	2,90	4,00—4,70
Mainz	4,20—4,60	3,30—3,60	3,60—4,70
Meln	4,70—5,50	3,90—4,00	3,50—5,50
Erfurt	4,10—4,50	3,00—3,60	4,00—4,50
Kassel	4,00—4,50	3,00—3,50	3,50—4,50
Bremen	4,24—4,74	3,50—4,00	4,50—5,00
Mainheim	3,90—4,50	3,00—3,50	3,30—4,50
Chemnitz	3,70—3,95	3,00—3,20	3,30—4,80

\*) Hier bezieht sich Betriebsleute der Achtstundentag.

Außerdem wird noch in einer Reihe von Städten für Ueberstunden, Sonntags-, sowie für schmutzige und besonders schwere Arbeit ein Prozentschlag gewährt. So zum Beispiel in München, Leipzig, Dresden, Stuttgart, Magdeburg, Mainz, Köln, Erfurt, Kassel etc. Außerdem wird aber noch bemerkt, daß durch die neuen technischen Einrichtungen der Dienst der Betriebsarbeiter ein bedeutend schwererer und anstrengenderer geworden ist, so daß die Forderung, die einzelnen Kolonnen um einen Mann zu verstärken, als vollständig berechtigt erscheint.

Köln. In dem Gaswerk der Stadt Köln haben bekanntlich im verflohenen Frühjahr die Arbeiter wegen Lohnunterschieden einen Tag streikt. Durch das Verhalten der „schriftlich“ Organisierten wurde nichts Rechtes aus der Geschichte, und viele Arbeiter trafen aus dem Arbeitsverhältnis aus. Kürzlich wurden im Kölner „Stadt-Anzeiger“ fortgesetzt Arbeiter für das Gaswerk gesucht. Denjenigen Leuten, die infolge des Lohnunterschieds im Frühjahr ausgetreten waren, wurde aber erklärt, daß sie nicht mehr eingestellt werden könnten. Eher nimmt man ungelernete Kautlinge an, als Arbeiter, die sich erklähren haben, einen Tag zu streiken. Die Sache steht in der ultramontan regierten Stadt Köln höher als die Achtung vor dem gesetzlichen Koalitions- und Anstand-recht.

Solingen. Die seitens der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerks eingereichte Petition, die die Erhöhung der Tagelöhne um 30 Pf. und die Errichtung eines Arbeiterschußes bezweckt, hat einen verhältnismäßig schnellen Erfolg gehabt. Eine Kommission, die seitens der Stadtverordnetenversammlung bestellt wurde, befahte sich mit dieser Materie. Das Ergebnis war, daß der Anfangslohn der Hofarbeiter von 3,40 auf 3,70 M. erhöht wurde. Für die Feuerleute, die bisher nur mit 3,60 M. und 3,70 M., einzeln auch mit höheren Löhnen entlohnt wurden, wurde eine Tzala festgelegt: Anfangslohn 3,80 M., jedes halbe Jahr steigend um 10 Pf. bis zu 4,10 M. Alle anderen Arbeiter gingen leer aus. Der Errichtung eines Arbeiterschußes wurde zugestimmt. Freilich hat die Medaille auch ihre Schattenseite. Dadurch, daß die Arbeiter mittels ihrer Organisation ihren Wünschen Ausdruck zu geben verstanden, sind einzelne Herren ganz aus dem Häuschen geraten. Diesen scheint es unfaßbar, daß sich städtische Arbeiter zwecks Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage organisieren dürfen. Das paßt ihnen nicht in den Kram. In jeder erdenklichen Weise sucht man deshalb den Leuten die Organisation zu vereiteln. Viel Glück wird man freilich damit nicht haben.

Der Achtstundentag in den deutschen Gasanstalten ist eingeführt in:

Ort	Zeitpunkt
Bremen	seit dem Jahre 1890
Mannheim	15. Mai 1900
Mainz	13. Juli 1900
Offenbach	28. Juli 1900
Strefeld	1. April 1902
Königsberg	Juli 1902
Fürth	August 1902
Stuttgart	15. Mai 1903
Chemnitz	1. Februar 1904
Ludwigshafen a. Rh.	Anfang des Jahres 1904
Barmen	1. April 1905
Bielefeld	16. Oktober 1905
Frankfurt a. M.	16. Oktober 1905
(Gulstettstr.)	
Würzburg	Mitte Oktober 1905.

Ferner ist die Einführung des Achtstundentages beschlossen worden in Elberfeld zum 1. April 1906 und in Dresden zum gleichen Zeitpunkt, hier aber nur vorläufigweise.

Auch in Berlin wird der Achtstundentag auf dem Retortenhaus der Gasanstalt Danzigerstraße probeweise auf ein Jahr praktiziert. Da stehen also noch sehr viele deutsche Gasanstalten zurück!

### Rus unserer Bewegung.

Filiale Groß-Berlin. Eine Versammlung vom 1. November der Vertrauensmänner unserer Filiale fand am 20. November bei David, Neue Friedenstr. 55, statt. Es waren alle Zeilnehmer vollständig vertreten. Kollege C. Dittmer hielt das einleitende Referat über Aufgaben und Ausbau des Vertrauensmannschafens. Mit dem Geben der Filiale haben sich die Organisationsverhältnisse bedauernd abgeändert in fast sämtlichen Betrieben. Nicht nur die Zahl der Mitglieder hat sich mehr als verdoppelt in den letzten zwei Jahren; auch die Durchbildung und der Geist ist ein anderer geworden. Aber es muß noch weiterer Eifer entfaltet werden. Die Vertrauensleute sind verpflichtet, dem Hauptvorstand und der Zentralkommission in die Hand zu geben, bei der Organisationsarbeit zu unterstützen und Rat zu geben. Unachlässig sind die Kollegen unter Beachtung dem Zentralkommission mitzuteilen. Ebenso sollen Meldungen, Wünsche und Anregungen der Seiten der Vertrauensleute nicht nur in Versammlungen gebracht werden, sondern ebenfalls in Form von Anträgen beim Hauptvorstand, wobei bei einer sorgfältigen Prüfung vor sich geht. Wenn es auch niemand allein recht machen kann, sind doch eigentliche Feldweiden gegen die Erklärungen seit vielen Monaten nicht eingegangen. Die Vertrauensmänner



Gefessenheit noch einmal erinnern. In der Frage der freien Montage und der Stunde zum Abendrot für die Abendzeiten ist und endlich der Erfolg zu warten. Neben weiterer Verhandlungen hierüber wird später Bericht erteilt. Recht werden wohl die Kollegen den Arbeiterausschuß beauftragen müssen, sich dem Entschluß der Deputation „sinnvoll“ einzubilden. In der kleinen Kaufmannstrasse ist dem für Angelegenheiten des Arbeiterausschusses eine sehr lange Wand zu errichten. Während die Kollegen sich früher über den wenig höflichen Ton der Aufsichtsorgane beklagten, ist dem jetzt das sehr bei einzelnen zu ändern. Der Grund hierzu ist wohl eine Mangel der Verwaltung. In verschiedenen Vorposten nämlich Einladungen zu Religionsversammlungen der Stadt müssen aus. Sie hoffen hierbei von der Gerechtigkeit der Verwaltung, daß Einladungen zu Verhandlungsversammlungen ebenfalls durch die Aufsichtsorgane ausgehändigt werden. Das nötige Material liefert der Verband ebenfalls kostenlos. In Kollegienfällen würde man aufpassen sein, die Wünsche der Religionsversammlungen an den Aufsichtsorganen hindern zu können. Wichtig bleibt der Erfolg nicht aus. Die Meinung einzelner Kollegen, „man beabsichtigt einen christlichen Verein für die Angestellten der Straßenreinigung zu gründen“, kann vielleicht zutreffen. Sie hoffen, daß derartige Vereine an dem gesunden Sinn der Kollegen scheitern werden. Denn das würde die leider bestehende Unmöglichkeit nur noch vergrößern. Und diese muß und kann beseitigt werden: nur durch Auflösung der unmorgensetzten Kollegen. Im allgemeinen sei noch einmal auf die Unmöglichkeit eines besseren Zusammenhaltes hingewiesen und ebenso möge niemand die Krankenfassen haben verhehelt. Bei jeder Agitation und Beteiligung muß der Sieg unser sein, indem nur die von uns ausgesetzten Kandidaten gewählt werden.

**Berlin XII. (Nordliche Mietsfelder.)** Am Sonntag, den 19. November, fand bei Frau Traugottstraße eine Versammlung der Mietsfelder Arbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Bestimmung der Direktion. In derselben erklärt der Direktor Schröder, daß er durch seine kurze Tätigkeit an der Spitze der Verwaltung nicht in der Lage sei, hier zu entscheiden, inwiefern die in der Petition niedergelegten Wünsche und Forderungen berechtigt seien; dieselben seien der Deputation überweisen worden. Wenn auch die Form der Bestimmung nicht von den früheren Zuständen abweicht, so betrug die Petitionen einfach in den Papierkorb wandern, wenn es den Herren Administratoren überhaup nicht beliebt, sie weiterzugeben, so muß doch andererseits bei jedem denkenden Menschen darüber klar sein, daß unter den heutigen Verhältnissen Löhne, wie diejenigen der Mietsfelder Arbeiter, in keiner Weise genügen. Wir sind der Meinung, daß zu dieser Erkenntnis keine jahrelange Tatsachen notwendig ist. Die Notlage liegt klar auf der Hand. Hieran ist die Aufstellung der Lohnwertentfaltungen an Krankenfassen. Mit einem Appell an regen Mitarbeiter für die Organisation ist die Versammlung.

**Berlin - Wasserwerk Tegel.** Infolge auf dem Tegel, Wasserwerk bedauerlicher Mängel haben sich seit längerer Zeit lebhaftest Klagen über allerlei Mißstände, und insbesondere, in viel, aber nicht Gutes von der Behandlung des Arbeiterausschusses zu sagen. Der Dirigent, Herr Schlitzgerber, ist ein sehr „lieblicher“ Vorarbeiter der Arbeiter geworden. Er hat die bräutliche Art, wie sie z. B. der Dirigent im Wasserwerk Friedrichshagen vor einiger Zeit gegen den Chairman des Arbeiterausschusses anzuwenden liebte; nicht minder aber hat er auch die Wohlwollen der Arbeiter, welche durch ihren Anstand ihre Forderungen vorbringen lassen. Was nun die Lösung ist viel einfacher als man glaubt. Es finden „Vorverhandlungen“ mit dem Arbeiterausschuß statt. Gelingt es hierbei nicht, die Wünsche der Arbeiter zu befriedigen, so wendet sich der Chef an die Arbeiter selbst, welche die Wünsche gestellt haben, und zwar hübsch einzeln, so daß die Betroffenen seiner Lebenswirklichkeit in den seltensten Fällen widersprechen. Am liebsten hat der Dirigent es ja auch noch in der Hand, die Hartnäckigen durch Zurücksetzung in der besser bezahlten Arbeit zum nachgeben, was verschiedentlich vorgekommen ist. Wörtlich muß auch der Arbeiter ausschuß selbst nach der Vorverhandlung die Arbeiter noch einmal fragen, ob sie in dieser oder jener Forderung festhalten wollen, und dann dem vorbezeichneten System stellt sich nachher heraus, daß die Arbeiter die ihnen geforderte bessere Behandlung gar nicht wollen! So bringt es Herr Schlitzgerber fertig, daß die Hälfte der Tagesordnung bei der eigentlichen Arbeiterausschussung fallen gelassen wird und die Ausschussmitglieder ohnehin bloßgestellt werden. Aber das Interesse des Dirigenten für seine Arbeiter reicht weit über die Arbeitszeit hinaus. Selbst über Anwesenheit und Fortkommen in den Versammlungen der Wasserwerkarbeiter ist er orientiert. Die vorliegenden Geschehnisse, welche beliebig mit Material belegt werden konnten, beweisen klar, daß die Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse in den Betrieben der Stadt Berlin auf die Dauer unhaltbar werden. Dadurch, daß der Dirigent eines Betriebes gleichmäßig Vorsteher des Ausschusses ist, bleibt der Einfluß der Arbeiter geringfügig. Die Mitglieder des Ausschusses sind zur „Korrelationsmittel“ für die Sozialpolitik der Stadt Berlin. Infolge

Verband aber kann sich auf die Dauer mit diesem System nie und nimmer zufriedengeben.

**Breslau.** Die Reparaturarbeiter, Schmiedemittelarbeiter, Sandwerker usw. des Gaswerks II hielten am 29. Oktober im „Mühlen Strand der Eder“ eine öffentliche Versammlung ab, in der man sich hauptsächlich mit der Gestaltung der Arbeitszeit im Winter beschäftigte. Im genannten Gaswerk ist eine Versammlung ergangen, die zwar in milderer Hinsicht für die in Betracht kommenden Arbeiter eine kleine Verbesserung bedeutet, aber in Bezug auf die Arbeitszeiten den Wünschen der Arbeiter widerspricht. Während bisher immer von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends mit den üblichen Pausen gearbeitet wurde, soll nun die Arbeitszeit von sieben bis sieben Uhr dauern. Abgesehen davon, daß dadurch dem Arbeiter die freie Zeit am Abend gekürzt wird, bringt die neue Einrichtung eine ganze Anzahl von Unzulänglichkeiten mit sich, die sich daraus ergeben, daß die schriftlichen und sonstigen Arbeiten am Morgen viel Zeit beanspruchen und man dann zu spät zur Arbeit kommt. Es ist kaum lobenswert, was am Vormittag noch für Aufträge erledigt werden können, und vermehrte Antragsarbeiten mit der Mühsamkeit werden die Folgen sein. Eines und die betreffenden Arbeiter mit Arbeit überläßt. Die Stadt macht ständig die Zahl der Reparaturarbeiter usw. in den letzten Jahren bedeutend verringert worden. Die neue Einrichtung bedeutet ferner eine Lohnreduzierung für diejenigen, die Wache haben. Die Wache dauert bis neun Uhr abends. Das bedeutet, daß die betreffenden Arbeiter in solchem Falle drei Überstunden hatten, während es in Zukunft nur zwei sein würden. Eine Lohnreduzierung könnte aber in keinem Falle im Interesse der Arbeiter liegen. Man bedauert sich, daß den Arbeitern keine Zeit gelassen werde, vorher über eine neue Verfügung zu beraten, bevor sie ihre Unterschrift geben, sondern solche Verfügungen einfach vorkoll und gleichmäßig verhängt, daß sie unterschrieben werden. Diese Praxis hat auch diesmal dazu geführt, daß die Arbeiter ihre Unterschrift gaben, ohne sich die Folgen zu vergegenwärtigen. Man wünscht nun, daß die nenerliche Verfügung entsprechende Änderung erfährt und soll eine entsprechende Petition an die zuständigen Behörden gerichtet werden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute versammelten Reparaturarbeiter, Schmiedemittelarbeiter und Sandwerker des Gaswerks II erklären sich für die Beibehaltung der Arbeitszeit von sechs Uhr früh bis sechs Uhr abends und protestieren dagegen, daß hierin eine Änderung eintreten soll. Sie verlangen, daß sie wieder in ihrer freien Zeit beschränkt, noch in ihrem Einkommen gemindert werden und beauftragen die Ortsverwaltung, die entsprechenden Schritte einzuleiten.“

Es kamen dann noch eine Reihe von Mißständen zur Sprache, die insbesondere auf dem Gebiete der Behandlung durch die Vorgesetzten liegen. Es ist wieder einmal ein Verbandmitglied gemeldet worden, und zwar ein junger Schlosser, dessen Vater beinahe drei Jahrzehnte in einem anderen Gaswerke arbeitete. Auch die Entlassung wurde Arbeitsmann vorgetrieben, obwohl gegenwärtig in den Gaswerken Nachschmittler ist und die übrigen Schlosser am selben Abend Überstunden machen müßten. Der Entlassene bekam ein gutes Zeugnis, ist sich auch nicht bewußt, etwas begehnen zu haben, was seine Entlassung rechtfertigt. Der Fall wird dem Oberbürgermeister unterbreitet werden, nachdem die sonstigen Zustände bekannt haben.

**Colmar.** Nicht erfreuliche Fortschritte zeigt die diesige, kaum drei Monate alte Verbandstilale. Wie an allen Orten, an denen eine Gewerkschaftsorganisation für die Gemeindefabrik fehlt, war auch hier zu konstatieren, daß dieselben geradezu ineffizient behandelt und bezahlt wurden. Nach vier Versammlungen, in denen Kollege Althaus Zutritt bekam, Genosse Stadler (Geisler) Straßburg referierte, zählt die Stilale nunmehr bereits 72 Mitglieder. Die zweimalige Zerstückelung der „Schwarzen“ endeten mit einem finanziellen Mißgeschick, indem von dem Duzend Kindern ihrer ersten Versammlung kein einziger sich einfinden hat und bei der zweiten Versammlung wurde gar nur ein einziger Teilnehmer gezählt. Bei dem gesunden Urteil der Kollegen ist es ziemlich über, daß es ihnen auch für die Zukunft gelinnet, sich die Streikbewegung gesellschaftlich vom Halbe zu halten. Am 23. November referierte Kollege Althaus Zutritt über die Forderung einer allgemeinen Arbeitsordnung als erste Aufgabe der Verbandstilale. Der Referent unterzog die derzeitigen Verhältnisse einer scharfen Kritik und erläuterte dabei gleichzeitig die Grundzüge eines einmündigen Arbeiterverbandes, in dem die Verwirklichung der im Verbandsprogramm festgelegten Grundzüge gefordert werden soll. In der anschließenden Diskussion erklärten sich die Kollegen mit dem Referenten einverstanden und beschloß die Versammlung am 12. Dezember eine weitere Versammlung abzuhalten, in welcher über den wünschenden ausgearbeiteten Entwurf endgültig beschlossen werden soll.

Während und nach der Versammlung waren sich 15 Kollegen in den Verband aufnehmen und in zu hoffen, daß die zur nächsten Versammlung das erste Hundert Mitglieder erreicht ist.

Neben der allgemeinen Verhältnisse werden wir demnächst berichten.







beantragte, den Installationsarbeitern in den Wintermonaten ebenfalls 1 1/2 Stunden Mittagspause zu geben. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der G. V. Lamer, Gachthal, Demer, Göbl und Wilms abgelehnt. Dagegen gelangte ein Antrag Wilms zur Annahme, daß die unständigen Arbeiter, welche im Winter nur 9 Stunden arbeiten, ebenso wie die ständigen Arbeiter 10 Stunden bezahlt erhalten.

**Verbandsteil.**

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:

**Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24.**

Telephon: Amt IX, 6488.

**Hülfsarbeiter-Gesuch!**

Zur Erledigung von Expeditions- und ähnlichen Arbeiten wird zum Antritt ab 1. Januar 1906 ein Hülfsarbeiter für das Bureau des Verbandes-Vorstandes gesucht. Als Anfangsgehalt sind 1600 Ml. ausgeworfen. Gefällige Offerten werden unter Einreichung eines Lebenslaufes und eines kurzen Berichtes über die seitherige gewerkschaftliche Tätigkeit, bis zum 14. Dezember 1905 an den Verbands-Vorstand, Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24, erbeten.

Gleichfalls zum Antritt am 1. Januar 1906 wird für den Bezirk Dresden ein Hülfsarbeiter gebraucht, der auf agitatorischem und organisatorischem Gebiete bewandert und mit den Verhältnissen der Gegend vertraut ist. Das Anfangsgehalt ist auch hier auf 1600 Ml. festgesetzt. Bewerbungschriften mit beigefügtem Lebenslauf und gewerkschaftlichem Tätigkeitsbericht sind bis 14. Dezember 1905 an den Verbands-Vorstand, Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24, zu senden.

**Alte Nummern der „Gewerkschaft“ gesucht.**

In unseren Beständen fehlen eine Anzahl Nummern früherer Jahrgänge unseres Verbandsorgans „Die Gewerkschaft“. Es sind dies folgende:

Die Probenummer, erschienen Ende 1896,	
vom Jahrgang 1897 die Nummern: 1, 3, 15 u. 18,	
1898	2 u. 8,
1899	2 u. 8,
1902	6 u. 8,
1903	2.

Zwecks Vervollständigung unseres Archivs bitten wir die Verbandskollegen, ihre Bestände nach diesen fehlenden Nummern durchzusehen und etwa vorhandene übrige Nummern an uns einzusenden.

Sie machen hierauf wiederholt aufmerksam, da uns auf unsere diesbezügliche Veröffentlichung bisher nur drei Nummern zugegangen sind.

Im voraus für diese Mühen bestens dankend, zeichnen wir mit bestem Gruß

**Quittung der Hauptkasse.**

Für das 3. Quartal 1905 gingen an Beiträgen ein: Pforzheim 2. Rate 100,— Ml.

Für das 4. Quartal 1905: Dresden 1. Rate 1000,— Ml. Ferner gingen im November 5,— Ml. an sonstigen Einnahmen durch Prohs ein.

Von Einzelmitgliedern: Nr. 30 155 5,10 Ml., Nr. 33 106 1,90 Ml.,			
Nr. 33 789 4,20 Ml.	Nr. 33 972 1,— Ml.	Nr. 33 986 4,— Ml.	Nr. 33 987 8,70 Ml.
Nr. 33 987 5,60 Ml.	Nr. 33 995 5,85 Ml.	Nr. 33 997 8,70 Ml.	Nr. 36 237 3,40 Ml.
Nr. 36 237 3,40 Ml.	Nr. 37 657 2,70 Ml.	Nr. 37 561 4,40 Ml.	Nr. 37 662 2,70 Ml.
Nr. 37 662 2,70 Ml.	Nr. 37 669 3,25 Ml.	Nr. 37 698 5,50 Ml.	Nr. 38 690 3,20 Ml.
Nr. 38 690 3,20 Ml.	Nr. 39 851 2,35 Ml.	Nr. 39 863 3,— Ml.	Nr. 39 878 5,40 Ml.
Nr. 39 878 5,40 Ml.	Nr. 39 882 5,40 Ml.	Nr. 39 893 3,— Ml.	Nr. 42 208 1,— Ml.
Nr. 42 208 1,— Ml.	Nr. 42 221 3,20 Ml.	Nr. 42 233 4,10 Ml.	Nr. 42 235 4,40 Ml.
Nr. 42 235 4,40 Ml.	Nr. 42 243 1,75 Ml.	Nr. 45 628 1,— Ml.	Nr. 46 633 4,20 Ml.
Nr. 46 633 4,20 Ml.	Nr. 46 634 3,10 Ml.	Nr. 46 637 4,85 Ml.	Nr. 46 638 6,90 Ml.
Nr. 46 638 6,90 Ml.	Nr. 46 639 3,40 Ml.	Nr. 46 640 3,30 Ml.	Nr. 46 641 4,20 Ml.
Nr. 46 641 4,20 Ml.	Nr. 46 642 3,30 Ml.	Nr. 46 643 4,20 Ml.	Nr. 46 644 4,20 Ml.
Nr. 46 644 4,20 Ml.	Nr. 46 645 3,85 Ml.	Nr. 46 646 4,95 Ml.	Nr. 46 647 5,— Ml.
Nr. 46 647 5,— Ml.	Nr. 48 789 1,— Ml.	Summa 191,95 Ml.	

Für die freiliegenden Gasarbeiter Pforzheim 6: Berlin Ziff. 41 16,70 Ml., 106 3,20 Ml., Cassel à Conto 19,15 Ml., Dresden Ziff. 283 1,20 Ml., 284 1,85 Ml., 285 4,— Ml., 286 4,10 Ml., 289 8,45 Ml., 291 9,50 Ml., 293 1,10 Ml., 294 6,95 Ml., 295 2,80 Ml., 296 1,85 Ml., 297 3,25 Ml., 298 6,— Ml., 299 2,85 Ml., 300 4,30 Ml., 301 1,80 Ml., 303 1,35 Ml., 304 7,85 Ml., 305 3,70 Ml., 306 1,50 Ml., 309 3,90 Ml., 310 1,70 Ml., 312 7,70 Ml., 313 4,25 Ml., 314 3,55 Ml., 316 1,25 Ml., 317 1,95 Ml., 318 1,50 Ml., 319 1,— Ml., 320 1,— Ml., 321 1,90 Ml., 322 5,45 Ml., 323 6,25 Ml., 324 1,60 Ml., Summa 113,50 Ml., hieron bereits in Nr. 20 100,— Ml. à Conto Dresden quittiert, mithin noch 13,50 Ml. Halle a. S. Ziff. 426 4,40 Ml., Hamburg Ziff. 427 4,30 Ml., 428 8,90 Ml., 429 3,90 Ml., 430 4,60 Ml., 431 7,20 Ml., 432 4,20 Ml., 433 9,10 Ml., 434 13,60 Ml., 435 9,40 Ml., 436 7,40 Ml., 437 13,70 Ml., 438 9,— Ml., 439 12,40 Ml., 441 3,20 Ml., 442 8,30 Ml., 443 2,50 Ml., 444 9,60 Ml., 446 6,30 Ml., 447 4,20 Ml., 448 8,25 Ml., 449 9,20 Ml., 450 8,70 Ml., 451 5,30 Ml.,

452 5,80 Ml., 453 —,90 Ml., 454 3,— Ml., 455 10,— Ml., 456 2,15 Ml., 457 5,70 Ml., 459 8,60 Ml., 460 4,40 Ml., 461 7,25 Ml., 462 11,70 Ml., 463 6,55 Ml., 465 6,54 Ml., 466 3,30 Ml., 467 2,45 Ml., 468 3,80 Ml., 470 3,30 Ml., 471 3,50 Ml., 472 1,25 Ml., 473 1,10 Ml., 474 8,60 Ml., 475 6,55 Ml., 476 5,40 Ml., 477 5,10 Ml., 478 5,20 Ml., 479 1,70 Ml., 480 1,90 Ml., 481 4,40 Ml., 482 1,— Ml., 483 1,50 Ml., 484 17,85 Ml., 486 11,40 Ml., 487 15,30 Ml., 488 7,40 Ml., 489 8,50 Ml., Summa 359,55 Ml., hieron sind bereits in Nr. 20 100,— Ml. à Conto Hamburg quittiert, mithin noch 259,55 Ml. Leipzig Ziff. 588 1,50 Ml., München Ziff. 659 8,10 Ml., 663 3,10 Ml., Nürnberg Ziff. 807 1,60 Ml., 808 3,— Ml., 809 1,55 Ml., 810 7,15 Ml., 811 —,70 Ml., Summa 341,20 Ml., bereits quittiert 290,51 Ml., zusammen 2642,71 Ml.

Die in Nr. 24 gebuchten 34,30 Ml. à Conto Halle a. S. sind gezeichnet auf Ziff. 417 1,90 Ml., 418 —,70 Ml., 419 7,10 Ml., 420 5,75 Ml., 421 1,90 Ml., 422 5,60 Ml., 523 —,25 Ml., 524 7,10 Ml., 525 4,— Ml.

G. W. Mann, Hauptkassier.

**Abrechnung der Sammelkassen für die 1. Gasarbeiter-Konferenz.**

Berlin I: Ziff. 1 4,20 Ml., 2 7,80 Ml., 3 3,35 Ml., 4 7,25 Ml., 5 7,70 Ml., 6 10,10 Ml., 7 12,60 Ml., 8 9,60 Ml., 9 17,40 Ml., Summa 80,— Ml.

Berlin Ia: Ziff. 11 6,40 Ml., 12 6,50 Ml., 13 2,75 Ml., 14 5,55 Ml., 15 1,65 Ml., 16 5,— Ml., 17 —,50 Ml., 18 1,65 Ml., 19 —,50 Ml., 20 5,30 Ml., 278 12,95 Ml., 279 14,40 Ml., 280 10,70 Ml., 281 12,— Ml., 283 3,— Ml., 284 3,15 Ml., 285 4,65 Ml., 286 10,90 Ml., 287 9,20 Ml., Summa 116,95 Ml.

Berlin Ib: Ziff. 23 4,25 Ml., 268 10,75 Ml., 269 23,— Ml., 270 14,15 Ml., 272 8,50 Ml., 273 13,65 Ml., 274 5,— Ml., 275 5,45 Ml., 276 12,70 Ml., 280 14,35 Ml., 290 8,75 Ml., 291 9,75 Ml., Summa 130,80 Ml.

Berlin IV: Aus der Filialkasse 50,— Ml., Bremen: Ziff. 81 22,90 Ml., 82 11,— Ml., 83 12,20 Ml., 84 21,10 Ml., 85 12,90 Ml., 86 4,40 Ml., 87 11,10 Ml., 88 10,65 Ml., Summa 105,64 Ml.

Charlottenburg: Ziff. 101 13,55 Ml., 102 3,40 Ml., 103 3,— Ml., 104 3,05 Ml., Summa 23,— Ml.

Chemnitz: Ziff. 111 3,70 Ml., 112 11,30 Ml., Summa 15,— Ml.

Dresden: Aus der Filialkasse 50,— Ml.

Hamburg: Ziff. 130 14,10 Ml., Aus der Filialkasse 100 Ml., Summa 114,10 Ml.

Leipzig: Ziff. 148 11,95 Ml., 149 4,70 Ml., 150 1,45 Ml., Summa 18,10 Ml.

Magdeburg I: Ziff. 159 3,60 Ml., 160 6,25 Ml., 161 6,50 Ml., 162 11,15 Ml., 163 4,35 Ml., 165 —,40 Ml., 166 2,75 Ml., 167 23,20 Ml., 168 27,60 Ml., Summa 85,90 Ml.

Magdeburg III: Ziff. 170 5,45 Ml.

Meißen: Ziff. 173 5,— Ml., 182 1,70 Ml., durch Kollegen Harb 9,50 Ml., Summa 16,20 Ml.

Münsterberg: Ziff. 198 1,— Ml., 199 2,10 Ml., 202 2,10 Ml., 203 4,90 Ml., 205 11,10 Ml., Summa 21,20 Ml.

Pforzheim: Ziff. 208 10,70 Ml.

Rixdorf: Ziff. 215 2,35 Ml., 219 1,70 Ml., 220 3,95 Ml., 221 —,50 Ml., 222 8,— Ml., 223 5,10 Ml., Summa 21,60 Ml.

Chemnitzer Ziff. 224 1,20 Ml., 225 6,30 Ml., 226 18,55 Ml., 227 16,85 Ml., 228 9,75 Ml., 229 9,15 Ml., 231 16,75 Ml., 232 8,50 Ml., 233 13,75 Ml., Summa 95,60 Ml.

Spremberg: Ziff. 238 2,15 Ml.

Stuttgart: Ziff. 234 5,50 Ml., 235 10,60 Ml., 236 7,60 Ml., 237 7,20 Ml., 238 8,— Ml., 239 12,— Ml., Summa 59,60 Ml.

Zusammen 1012,40 Ml.

Revidiert und für richtig befunden.

Die Revisoren:

Karl Schabel, Gustav Wehrwald, Richard Rieckling. Bemerkung: Die Ausgaben für diese im Jahre 1903 stattgefundene Konferenz betragen 1073,25 Ml. und sind im 2. Quartal 1903 unter Ausgaben der Hauptkasse gebucht.

**Eingegangene Schriften und Bücher.**

Anderiens Märchen und Geschichten. Herausgegeben vom Hamburger Jugendchriften-Ausschuß im Winter vom 13. Jahre an und für Erwachsene. Bilder und Buchdruck von Ernst Cramer. Herausgegeben vom Verein für Antiquitäten, Hamburg. Dies Buch ist eine hochbedeutende Erscheinung; ein Zeichen der Zeit. Denn durch den Idealismus und die Opferwilligkeit von Arbeitern ist sein Erscheinen möglich geworden. Wohl haben Arbeiter durch diese Eigenarbeiten schon manches Werk ins Leben gerufen. In der kindlichen Erziehung der Jugend und des Volkes haben sie in dieser Weise wohl noch nicht praktisch geübt.

In der vorliegenden Auswahl hat ein Hamburger Kaler, Ernst Eitner, 19 parasitische Bilder, 20 Initialen — Bildchen in den Anfangsbuchstaben —, eine Vorkaufszeichnung und ein Deckbild geschaffen. Die Arbeit des Künstlers zeigt von tiefem Eindringen in den Sinn der Märchen, von reicher Phantasie und von großer künstlerischer Gehaltstiefe. Mit fester Hand hat er die wichtigsten Stellen der Handlung oder Gegenstände und Charaktere, die im Mittelpunkt des Märchens stehen, herausgegriffen.

Entwürfe Eitners zu einigen Bildern fanden im Verein freudige Zustimmung, und man fasste den Plan, die Auswahl aus Anderen mit Bildern dieses Künstlers herauszugeben. Sollte aber das Buch den Zielen des Vereins dienen, sollte es von Arbeitern zu kaufen sein, so müßte eine Auflage von 15.000 Exemplaren gedruckt werden, wozu eine große Summe bedürfte. Aber der Verein, aus etwa 200 Arbeitern bestehend, brachte die nötige Summe aus den Streifen seiner Mitglieder zusammen. Auf einen Gewinn aus diesem Unternehmen verzichtet er. So ist es möglich geworden, das Buch für 1,25 Mk. abzugeben. Der Verein hat damit ein Werk vollbracht, zu dem verschiedene große Verleger nicht den Mut fanden. Er hat damit einem hamburgischen Künstler einen Auf-

trag gegeben, der ihn in seiner Entwicklung gefördert hat, und vielen, die sonst wegen des Preises darauf verzichten mußten, die Anschaffung eines wirklich künstlerisch ausgeschalteten Buches möglich gemacht, eines Buches, das nach dem Urteil Sachverständiger, wenn es auf die gewöhnliche Weise entstanden wäre und durch den Buchhandel vertrieben werden sollte, sich auf 5 Mk. stellen würde. Der Verein hat deshalb auch auf den Vertrieb durch den Buchhandel gar kein Gewicht gelegt. Das Buch ist allerdings im Buchhandel zu haben und kostet dann 2 Mk. (Nicht 5 Mk., da der Verein eben auf jeden Gewinn verzichtet.) Für seinen Vertrieb müssen deshalb andere Wege erschlossen werden. Und an den Arbeiterorganisationen wird es nun liegen, den Verein auf seinem Wege zu unterstützen.

Der genannte Verein sucht zur Erleichterung des Vertriebes Niederlagen in allen größeren Orten zu errichten. Wer um der Sache willen für die Verbreitung des Buches tätig sein möchte (ein Gewinn ist ebenso wie jedes Mißgeschick ausgeschlossen), wird gebeten, sich an folgende Adresse zu wenden: Herrn H. Koop, Hamburg 13, Sedanstraße 9.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 Mk. (ohne Postgeld). — Anzeigen kosten die vierteljährliche Zeile 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Kilchen und Mitglieder 0,15 Mk. netto.

**Totenliste des Verbandes.**

- Antonio Zurrate, Pforzheim,**  
† am 31. Oktober 1905, im Alter von 24 Jahren.
  - Hans Böhm, Kopperpahl,**  
† am 16. November 1905, im Alter von 26 Jahren.
  - Gustav Lehmann, Berlin XV,**  
† am 16. November 1905, im Alter von 60 Jahren.
  - Robert Weiskner, Eripsig,**  
† am 18. November 1905, im Alter von 50 Jahren.
- Ehre ihrem Andenken!**

**Filiale Wiesbaden.**

**Unsere Weihnachtsfeier** findet am Montag, 1. Januar 1906 im **Konkordiansaal** Zähringerstr. 11. Unterhaltung in bester Sorge getragen. Eintritt 20 Pf. Beginn 4 Uhr nachmittags. Alle Kollegen sind herzlich eingeladen. Das Komitee.

Unserem Verbandskollegen **Oskar Alrich** die herzlichsten Glückwünsche zu seinem **25jähr. Arbeitsjubiläum!** Gruppe Hagenbuchstr. Berlin

Unserem Verbandskollegen **Carl Hellwig** und Frau zu ihrem am 11. Dezember stattfindenden **Silberhochzeit** die herzlichsten Glückwünsche. Zu Kollegen der Sektion Ebberweg.

Wo sind überflüssige Nummern der „Gewerkschaft“? Wir bitten um sofortige Einfindung folgender Nummern: 15, 16, 17, 18 und 19 aus dem laufenden Abgang. Der Verbandsvorstand.

**Glas-Christbaumschmuck**



aus erster Hand verfertigt aus bester in Mitteleuropa sort. I. 325 Stk. bessere versilberte Panorama- und Engelgeh. mit Zuberdrat, Gehrten und 2 Schmonen per gute Sauberen, hochem Leuchttönen, große überbrannte Baumspitze mit 20 bis 30 verschiedenen Früchte, Schneeballen, Glocken, Vogel, Trompeten usw. zum Preis von Mk. 5. — (einstufige) und 2. — (zweistufige) Sort. II. 110 Stück größere Sachen zum selben Preise Mk. 5. — (einstufige) und 2. — (zweistufige) beiden Sorten unten liegt ich große eine Kugel im Kupfer mit einem Metall ausgenommen. Fruchtvasen mit Blumenbouquet und einen beweglich Engel. 2. Paket Lamette mit 2. Paket Kontexthalter bei 100 Stück kleineres Sort. 150 Stück zu Mk. 3.50 (einstufige) und 2.70 (zweistufige) große Fruchtvasen mit Blumenbouquet. Für Händler Sort. zu Mk. 8. — und höher.

**Max Heumann, Lauscha S.-Mein. 12.**

**Anerkannt sehr leistungsfähig** | Stahlwarenfabrik, Versandhaus 1. Ranges  
ist die Firma

**Gebrüder Rauh** Gräfrath bei Solingen

Gesetzlich geschützt! **30 Tage zur Probe!** Gesetzlich geschützt!  
**NEU! Sensationell! NEU!**

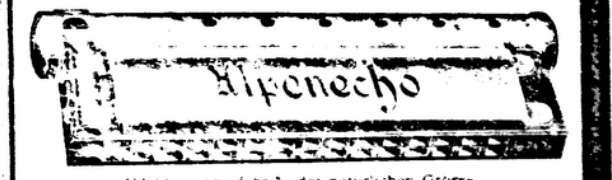


Abbildung ungefähr 1/3 der natürlichen Größe.  
**Nr. 10 278 Picco-Harmonika „Alpenecho“.**

Die bilden am leichtesten spielbaren Musikinstrumente Pikkoloffbe und Mundharmonika in einem vereinigt. Die Pikkoloffbe ist nach der Musikwissenschaft abgestimmt mit halber Tonen. Klänge. Harmonie wird hergestellt, so dass jedermann in kurzer Zeit ohne Vorkenntnisse Lieder, Tänze und Märsche spielen kann. Die Mundharmonika ist ein anerkannt bestes Fabrikat, rein abgestimmt und von wundervoller Klangwirkung. Länge des Instruments 13 cm.

Preis einschließlich rein Golddruck Metall **nur Mk. 1.10 franko**

**Versand** unter Name oder Anfang Zahl des Bestells. **Garantie-Schein** Nicht zu ändern Waren falsch ist wir bestreuen um jede Zahlung Betrag zurück.

**Umsonst und portofrei**

ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann **Weihnachts-Prachtkatalog** welcher über 5000 Gegenstände aller Warenarten enthält und zwar aus allen Solingen Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Reiseartikel, Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stücke, Schirme, Musik-Instrumente, Kinnerspielwaren, Christbaum-zäpfer, Christbaumschmuck und viele andere Artikel in grösster Auswahl.

**Es kommt nur gediegene, elegante und preiswürdige Ware zum Versand.**

Über 5000 fähige Anerkennungs-schreiben bestätigen die Güte und Qualität unserer Waren. Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extra-Vorzugspreise.

Druck: In Verfertigung des Welt mehr für in Österreich und Zentralschweizerischen Druck- und Verlagsanstalt, Wien, 1905. Vertrieb: In Deutschland: G. Bürger, beide Wilm. W. 90, Berlin, 1905. 2. Aufl. In Österreich: G. Bürger & Co., Berlin, 1905. Vertrieb: G. Bürger, beide Wilm. W. 90, Berlin, 1905. 2. Aufl. In Österreich: G. Bürger & Co., Berlin, 1905.